

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Werner (Dierstorf) und der Fraktion
DIE GRÜNEN**
— Drucksache 10/5875 —

Geplanter Pionierübungsplatz Westertimke

*Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der
Verteidigung teilt mit Schreiben vom 7. August 1986 im Namen
der Bundesregierung zu der Kleinen Anfrage mit:*

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahren, die entstehen, wenn in einem Wasserschutzgebiet ein großflächiges Pionierübungsgelände genehmigt wird, in welchem nicht sichergestellt werden kann, daß keine Getriebe- oder Hydrauliköle in Boden und Grundwasser gelangen?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Sachlage, daß in einem Wasserschutzgebiet mit intensiver Landwirtschaft die landwirtschaftliche Nutzung abrupt eingestellt wird und keine ausreichende Begrünung des Bodens den Nitratreintrag in das Grundwasser verhindert? Mit welchem Nitratanstieg des Grundwassers ist dann jährlich zu rechnen? Wie hoch ist der Nitratgehalt des oberflächennahen Grundwassers in diesem Gebiet zur Zeit?
3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß fast die Hälfte der vorgesehenen Fläche im Landschaftsschutzgebiet liegt? Wie wird sich nach Meinung der Bundesregierung die Fauna und Flora im Landschaftsschutzgebiet nach einer Inbetriebnahme des Übungsplatzes entwickeln? Da im Falle einer Inbetriebnahme des Pionierübungsplatzes wahrscheinlich mit Bodenschädigung durch Winderosion zu rechnen ist, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?
4. Wird die Bundesregierung dieses Projekt auch gegen den Willen der schon jetzt durch Tiefflieger und ständige Truppenbewegungen schwer belasteten Bevölkerung durchsetzen? Ist der Bundesregierung bekannt, daß fast 500 Einwohner sich mit Unterschriften gegen dieses Projekt gewandt haben und nur vier Westertimker den Aufruf „Nein zum Truppenübungsplatz Westertimke“ nicht unterschrieben haben?

Die Fragen können noch nicht beantwortet werden.

Zur Zeit wird in einer Art Vorprüfung untersucht, ob die von den niederländischen Streitkräften angestrebte Errichtung eines Pio-

nierübungsplatzes in Westertimke überhaupt realisiert werden kann. Falls das Vorhaben nicht aufgegeben wird, bedarf es einer Abstimmung mit der niedersächsischen Landesregierung. In diesem Abstimmungsverfahren haben die betroffenen Gemeinden Gelegenheit, ihre Belange einzubringen. Die niedersächsische Landesregierung wird sich dann zu dem Vorhaben äußern. Für eine Beunruhigung der Bevölkerung besteht kein Anlaß.